

Wie realistisch ist Außenpolitik ohne Militäroption?

Eine deutsche bzw. europäische Außenpolitik ohne Militäroption ist unrealistisch und realistisch zugleich. Es kommt ganz darauf an, welche außenpolitischen Ziele Deutschland und Europa verfolgen und wie sie ihre eigene Rolle mittel- und langfristig in den internationalen Beziehungen definieren.

Wollte man wie bisher eine den kurzfristigen ökonomischen Vorteilen untergeordnete Außenpolitik fortsetzen und so die asymmetrischen Handelsbeziehungen und WTO-Bestimmungen, z.B. zu Gunsten einer hoch subventionierten eigenen Agrarwirtschaft und zu Lasten von Millionen Kleinbauern des Südens, sowie die störungsfreie Versorgung mit fossilen Energien des Mittleren Ostens und Zentralasiens zu möglichst niedrigen Preisen aufrecht erhalten, so wäre eine Außenpolitik ohne Militäroption unrealistisch. Vielmehr bietet sich für Deutschland und Europa geradezu an, sich als militärischer und geostrategischer Junior-Partner der USA - der einzigen militärischen Supermacht und Garant der Fortsetzung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung - zu begreifen und im Ernstfall entweder Kosten, wie im Krieg gegen den Irak, oder gar wie in der gegenwärtigen Antiterror-Allianz militärische Aufgaben zu übernehmen.

Diese militärisch gestützte außenpolitische Perspektive impliziert notwendigerweise auch Rüstungsexporte in „Krisenregionen“, Unterstützung von diktatorischen Regimen, Sturz missliebiger Regierungen, Destabilisierung ganzer Regime, Entfesselung von Rüstungswettlauf und Kriegen, wie z. B. in den letzten dreißig Jahren im Mittleren Osten und Zentralasien. Diese Perspektive begünstigt - wie in Indien und Pakistan - auch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Entstehung und Legitimierung von Diktatoren wie Saddam Hussein sowie extremistische und fundamentalistische Strömungen in arabisch-islamischen Staaten und in Israel. Diese Perspektive bereitet auch bestens den Boden für die Entstehung von war lords und Bürgerkriegen sowie für terroristische Gruppen wie Al Qaida. Im Teufelskreis dieser Perspektive ist dann auch der militärische Gegenschlag der USA, wie der „Wüstensturm“ gegen den Irak oder die „grenzenlose Gerechtigkeit“ gegen die Taliban und Al Qaida und damit auch das Risiko des Todes von hunderttausenden Zivilisten, der Zerstörung der Umwelt und der Beeinträchtigung demokratischer Entwicklung und ökonomischer Entfaltung zwingend vorprogrammiert.

Diese vor unseren Augen sich vollziehende Kriegsperspektive hat eine bestechende innere Logik. Die Bundesregierung und die EU folgen, ungeachtet ihrer Akzentunterschiede, letztlich dieser Logik und nehmen dabei sogar außenpolitische Abhängigkeit und eigene Erpressbarkeit durch die USA in Kauf. Die europäische Kritik an den USA ist keineswegs substantiell. Sie richtet sich, wie in diesen Tagen geschehen, gegen den kontraproduktiven Größenwahn der Supermacht, der zum Ausdruck kommt in Bushs "Achse des Bösen", und sie richtet sich gegen die "Art und Weise der amerikanischen Auseinandersetzung zwischen dem Westen und der nichtwestlichen Welt" (Karl Lamers). Grundsätzlich gilt nach wie vor, daß "wir

Amerika nicht zu kritisieren haben" (Joschka Fischer). Die uneingeschränkte Unterwürfigkeit unter die amerikanische Hegemonie ist, um der eigenen einseitigen ökonomischen Vorteile willen, gewollt. Die Legende, Europa sei ohne die USA schutzlos, dient der Verschleierung dieser Haltung.

Wollte man jedoch aus der Logik dieses in die Sackgasse führenden Weges aussteigen und eine Außenpolitik verfolgen, die sich der Unantastbarkeit der Menschenwürde, dem Respekt vor anderen Nationen und Kulturen, dem Geiste der gleichberechtigten und allen Parteien Nutzen bringenden ökonomischen Kooperation und dem Dialog zwischen den Kulturen verpflichtet fühlte, so erübrigte sich eigentlich die Frage, ob eine solche Außenpolitik ohne Militäroption auskommt. Eine pazifistische Außenpolitik für Deutschland und Europa stellt keine Utopie dar, sondern eine durch und durch realistische Perspektive. Sie könnte zwar nicht sofort, aber doch mittel- und langfristig realisiert werden.

Dazu gehörte die eigene Bereitschaft, zusammen mit den Staaten im Mittleren Osten, in Zentralasien und in der Kaspischen Meer-Region, eine gemeinsame Energieversorgungs- sowie Klima- und Entwicklungspolitik anzustreben, sich konsequent und, wenn nicht anders möglich, auch ohne die USA für die Zwei-Staaten-Lösung im Israel-Palästina-Konflikt einzusetzen, für den Aufbau von kollektiven Sicherheitssystemen und die Abrüstung einschließlich der Abrüstung von Massenvernichtungsmitteln in allen betroffenen Krisenregionen, dem Nahen Osten, dem Mittleren Osten/Zentralasien und Ostasien (Pakistan - Indien) einzutreten und die Herstellung von Chancengleichheit in den Institutionen der Globalisierung (WTO, Weltbank, IWF) zum Ziel zu erheben. Da für alle Beteiligten die mittel- und langfristigen Vorteile dieses pazifistischen Weges die kurzfristigen Nachteile bei weitem überwiegen, kann davon ausgegangen werden, dass für diesen Weg auch eine breite soziale Basis und politische Legitimation mobilisiert werden kann. Dazu gehört allerdings die Entschlossenheit der stürmischen Medienkampagnen einer kleinen, aber sehr mächtigen Minderheit der global player durchzustehen und dabei vor kurzfristigen Niederlagen nicht zurück zu scheuen. Denn dieser Minderheit dürfte es schwer fallen, eine gerechtere Weltordnung widerstandslos hinzunehmen.

Nur eine pazifistische Perspektive könnte Europa eine neue zivilisatorische Fähigkeit verleihen, die notwendig ist, um in ganz Eurasien einen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen und dem ohnehin uneinholbaren militärischen Vorsprung der USA den Boden zu entziehen. Und auch nur so könnte die ungebrochene Legitimation für den militaristisch-hegemonial ausgerichteten, weltweit jedoch Gewalteskalation und Terrorismus erzeugenden unilateralistischen Weg innenpolitisch erschüttert werden, den Amerikas politische Klasse nach dem Zusammenbruch der Sowjet Union eingeschlagen hat.